

Peter Pistorius

Rudolf Breitscheid 1874–1944
Kampf um Wahrheit und Macht

SCHÜREN

Inhalt

Vorwort	9
Statt einer Einleitung – Erinnern an Rudolf Breitscheid	
Martin Schulz im Gespräch mit Sabine Hering und Peter Pistorius	13
Rudolf Breitscheid – Herkunft und erste Jahre (1874–1903)	17
Der Demokrat (1903–1912)	21
Beginn einer politischen Laufbahn	21
Weltpolitik	22
Vom Wirtschaftsliberalismus zum Wohlfahrtsliberalismus	26
Parteiarbeit und Lobby	31
Demokratie und Außenpolitik	33
Reichstagswahl 1907	36
Der Bülow-Block und der Liberalismus	37
«Der Liberalismus wird demokratisch sein oder er wird nicht sein»	40
«Über diese Kluft führt keine Brücke mehr»	42
Demokratisch-liberales Bewegungstraining	45
Parlamentarismus und Verfassungsdebatten	47
Der Parteiführer	51
Das Gewissen des Liberalismus	52
Friede und Freihandel	56
Ende eines Experiments	60
Im Überblick: Der Demokrat	63
Der Sozialist (1912–1922)	67
Anfänge in der sozialdemokratischen Partei	67
Stadtverordneter und Redakteur	71

Kriegspolitik	73
Innere Fronten der deutschen Arbeiterbewegung	77
Evolutionäre Revolution?	81
Der preußische Volksbeauftragte	85
Revolution und Verfassung	87
«Gehrock, hoher Stehkragen, edle Gesten!»	91
Der Kampf um die Macht	93
Exkurs: Die Diktatur des Proletariats	99
Abschied von den «Räten»	102
Revisionismus und Parteispaltung	105
Politik auf dem Boden der Republik	107
Fusion statt Sammlung	113
Im Überblick: Der Sozialist	115
Der Republikaner (1920–1933)	119
Deutsch-französische Annäherungsversuche	119
Kritik am Auswärtigen Amt	125
Jenseits der Parteigrenzen – Breitscheid und Stresemann	128
Repräsentant Deutschlands im Ausland	131
«Abrüstung des Geistes» – Völkerbund und Europa-Idee	134
Reichstagsfraktion und Partei	139
Berühmt und gefürchtet – Breitscheid im Parlament	142
Krise der Regierung – Krise der Partei	145
Die «autoritäre Republik»	149
Versperrte Auswege	153
Der Tolerierungskurs der SPD	158
«Bereit sein ist alles»	160
Im Überblick: Der Republikaner	162
Am Abgrund (1933–1944)	167
Flucht aus Deutschland	167
Aufbau des Widerstands im Westen	170
Ausstoßung aus der «Volksgemeinschaft»	172
Das Ende der Illusionen	177
«Gespenstergespräche»	179
Die Einheitsfront	182
Entfremdung vom Prager Parteivorstand	186
Im Sog der Volksfrontbewegung	190

Gescheiterte Aussöhnung mit der KPD	196
«Hitler wird es nicht wagen»	201
Das Ende	207
Im Überblick: Am Abgrund	210
Aus Tony Breitscheids Briefen an Peter Pistorius	213
Flucht Breitscheids aus Berlin	213
Auslieferung und Ende im KZ	213
Epilog	215
Zur Entstehung dieses Buchs	217
Abbildungsverzeichnis	220
Literaturverzeichnis	221
Publikationen von Rudolf Breitscheid	221
Literatur über Rudolf Breitscheid	229

Vorwort

Eher wäre ich als Student der Geschichtswissenschaft an der Universität zu Köln in der Lage gewesen, über Joseph Görres, den katholischen Frührevolutionär, zu schreiben als ausgerechnet über Rudolf Breitscheid. Görres hatte mich mit seiner Begeisterung für die Befreiungskämpfe der Rheinischen Republik angesteckt.

Nun aber, Mitte der 1960er-Jahre, kreuzte der mir bis dahin unbekannte Breitscheid meinen Weg. Ein älterer Kommilitone, Sozialdemokrat vom Niederrhein, kam ab und zu mit seiner großkalibrigen Aktentasche an die Kölner Uni angereist. Er war es, der mich im Verlauf einer Plauderei auf einen schmalen Zeitungsband im Lesesaal aufmerksam machte: *Das freie Volk. Demokratisches Wochenblatt*. Herausgeber: Dr. Rudolf Breitscheid. So der Titel der Nummer 1 vom 11. Dezember 1909. Erscheinungsort: die Fasanenstraße in Wilmersdorf, damals noch vor Berlin gelegen.

Die Spur war gezogen. Ich verfolgte sie und geriet tiefer in die politischen Kämpfe des Kaiserreichs. Schon bald war klar, hier ging es nicht um tagespolitischen Kleinkrieg, hier wurden grundsätzliche Fragen aufgeworfen. Freiheit, Demokratie und Persönlichkeitsrechte – das waren die dominierenden Themen. Breitscheid, der zum Parteiführer der Demokratischen Vereinigung avancierte Journalist, agitierte das liberale Bürgertum, sang ihm das Lied von der sozialen Demokratie und hoffte, dass es nach dieser Melodie mittanzte.

Als er merkte, dass die Liberalen nicht so wollten wie er, schloss sich Breitscheid 1912 der Sozialdemokratie an. Für ihn war das ein Wechsel des Parteibuchs – nicht der Gesinnung. Er hatte seinen roten Faden gefunden, dem er folgte. Nur scheinbar und im Widerspruch dazu hinterließ er bei manchem Zeitgenossen und Mitstreiter den Ruf eines notorischen Spalters innerhalb der jeweiligen Partei, in der er sich gerade engagierte. Indem er den wechselvollen Entwicklungen der kommenden Jahre gerecht zu werden suchte, konnte er den Eindruck eines allzu schnell vollzogenen Kurswechsels kaum vermeiden.

Die Ereignisse der kommenden Jahre – die Achterbahnfahrt zwischen dem Ende des Kaiserreichs, der Novemberrevolution, den Erfolgen und Krisen der Weimarer Republik bis zum Niedergang der Demokratie, schließlich der Widerstandswillen und das Elend des Exils bis zum Tod im KZ – sie prägen die glanzvollen wie die tragischen Abschnitte in Breitscheids Leben.

Treuer «Diener einer reinen Idee», der er eigentlich immer war, musste er sich in den unterschiedlichsten Rollen bewähren: als Oppositioneller auch innerhalb der eigenen Reihen, als verantwortlicher preußischer Minister und Fraktionsführer im Reichstag, Motor der deutschen Volksfront gegen Faschismus im Pariser Exil – dazu als kluger und kritischer Betrachter, als Kommentator des politischen Geschehens in zahllosen Artikeln.

Im frei gewählten Parlament der Weimarer Republik nimmt er eine überragende Stellung ein. Die Überzeugungskraft seiner leidenschaftlichen Rhetorik setzte Maßstäbe bis in die Gegenwart. Die Demagogen kamen nicht an gegen diesen bei Freunden geachteten und von Gegnern gefürchteten Mann, der sich die Gefolgschaft nicht nur in der sozialdemokratischen Fraktion durch überzeugende Argumente immer wieder neu zu sichern wusste.

Von all dem berichtet diese Geschichte des großen Parlamentariers, die hier nach einem halben Jahrhundert neu erzählt wird. Der Bogen reicht bis in die Gegenwart. Erstaunlich hell-sichtig erschließt er sich in einem seiner eigenen Worte aus dem publizistischen Schaffen: «Das Volk muss sprechen, wo immer es dazu Gelegenheit findet. In den Versammlungen. Auf den Straßen.» Das klingt schon fast vertraut heutzutage, als hätten die Deutschen sich mit ihren Aufrufen und Demonstrationen wieder auf ihre alten politischen Tugenden besonnen.

Peter Pistorius, Hohen Neuendorf im März 2024



1 Demonstration «gegen Rechts» und für Demokratie im Januar 2024 in Potsdam

Statt einer Einleitung

Erinnern an Rudolf Breitscheid

Martin Schulz im Gespräch mit Sabine Hering und Peter Pistorius

Sabine Hering / Peter Pistorius: Martin Schulz, wir befinden uns hier in Berlin in der Zentrale der Friedrich-Ebert-Stiftung, deren Vorsitzender Sie sind – Sie waren außerdem Abgeordneter im Deutschen Bundestag und fünf Jahre lang Präsident des Europäischen Parlaments in Straßburg und Brüssel.

Nehmen wir an, wir gingen jetzt von hier aus den Weg quer durch den Tiergarten und gelangten zu dem historischen Bau, in dem seit der deutschen Vereinigung der Bundestag seinen Sitz hat. Hier – im vormaligen Reichstag – hat vor rund einhundert Jahren Rudolf Breitscheid ein rundes Jahrzehnt lang Politik gemacht. Als Vorsitzender der SPD-Fraktion war er einer der einflussreichsten Politiker der Weimarer Republik, als mitreißender Redner beliebt und gefürchtet. Am 24. Februar 1932 hielt er dort seine letzte große Rede mit scharfen Angriffen gegen die Feinde der Demokratie im rechten wie im linken Lager. Nehmen wir an, wir würden Breitscheid hier begegnen. Könnte er uns einen Rat geben, wie wir in der Auseinandersetzung mit den Feinden der Berliner Republik von heute bestehen können?

Martin Schulz: Wenn wir eine fiktive Begegnung mit Breitscheid hätten, wären wir zweifellos im Vorteil, weil wir heute wissen, was damals im Weiteren geschehen ist. Das wusste Breitscheid nicht, aber im Rückblick auf die Geschichte würde er uns sicher raten, Konsequenzen daraus zu ziehen. Friedrich Ebert hat einmal gesagt: Die Demokratie braucht Demokraten – und die hatte die Weimarer Republik nicht in ausreichendem Maße. Das ist der Unterschied zur Bundesrepublik. Wir haben seit 75 Jahren eine gefestigte Demokratie, welche von der Mehrheit der Bevölkerung getragen wird. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass das so bleibt.

Damals hat sich ja vor allem das überparteiliche Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, später auch die Eiserner Front als Abwehr gegen den rechten Terror die Verteidigung von Demokratie und Republik auf die Fahnen geschrieben. Die über 3 Millionen Mitglieder waren angesichts der zunehmenden Bedrohung bereit loszuschlagen. Warum sind sie nicht zum Einsatz gekommen, warum hat ihnen ihre zahlenmäßige Überlegenheit nichts genützt?

Ich weiß nicht, ob sie wirklich überlegen waren. Insgesamt hat die SPD in der Weimarer Republik niemals über Mehrheiten verfügt. Ein Bündnis mit der KPD war ausgeschlossen angesichts der offenen Anfeindungen: Die SPD wurde von den Kommunisten als Feind Nr. 1 und als Sozialfaschisten beschimpft und bekämpft. Der Reichsbanner war also eingekeilt zwischen dem kommunistischen Roten-Front-Kämpferbund und der SA. Ob es wirklich etwas verändert hätte, wenn er über die bereits stattfindenden Straßenkämpfe hinaus zum Einsatz gekommen wäre, bleibt Spekulation.

Aus meiner Sicht ist das eigentliche Verhängnis der Umstand gewesen, dass die sozialdemokratische Regierung Preußens – bis dahin das «Bollwerk gegen den Faschismus» – am 20. Juli 1932 das Feld geräumt hat. Der vom damaligen Reichskanzler Franz von Papen geschickt eingefädelt «Absetzung» der Regierung von Otto Braun wurde kein nennenswerter Widerstand entgegengesetzt. Das war das Ende des «roten» Preußens und auch das Ende der Weimarer Republik.

Zurück zu Breitscheid: Er wollte einen Bürgerkrieg um fast jeden Preis vermeiden. Die Sozialdemokratie sollte auf dem Boden der Verfassung bleiben, solange ein offener Verfassungsbruch durch die neuen Machthaber nicht nachweisbar war. Als am 24. März 1933 das Ermächtigungsgesetz allen Illusionen ein Ende bereitete, war Breitscheid schon auf dem Weg ins Ausland. War dieses allzu lange Zögern ein Fehler?

Die Antwort lautet eindeutig: Ja. Die Haltung von Breitscheid und allen anderen, die noch immer glaubten, Hitler auf dem Rechtsweg ausbremsen zu können, lässt sich aber erklären: Alle diejenigen, welche die Weimarer Verfassung geschaffen und getragen haben, waren vom Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit überzeugt. Sie sind davon ausgegangen, dass die Regeln der parlamentarischen Demokratie unumstößlich sind.

Hitler war aber von Anfang an entschlossen, diese Regeln zu missachten. Daraus hat er auch keinen Hehl gemacht. Und er war dazu in der Lage sich durchzusetzen, weil es keine parlamentarische Mehrheit mehr gegen ihn gab. Das Scheitern der Regierung unter dem sozialdemokratischen Reichskanzler Hermann

Müller wäre vermeidbar gewesen. Aber nicht nur Breitscheid war sich – selbst noch in den Notverordnungszeiten unter Brüning – sicher, nach einer kurzen Zeit der Opposition wieder in einer der Weimarer Koalitionen mitregieren zu können.

Wenn wir aus diesem Irrtum heute etwas lernen, dann dieses: Wir müssen an die konservativen und liberalen Parteien den Appell richten, genau darauf zu achten, was passiert ist, als sie sich nicht von den Rechten abgegrenzt und – anders als die SPD – dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt haben. Wer den Feinden der Demokratie auch nur einen Fingerbreit Terrain überlässt, zahlt dafür einen hohen Preis.

Wir würden gerne auf ein weiteres Thema zu sprechen kommen, welches uns zurück zu Breitscheid und zu seinem Spezialgebiet, nämlich der Außenpolitik, führt. Der damalige Außenminister Stresemann hat Breitscheid nicht zuletzt deshalb immer wieder in seine Vorhaben und Strategien einbezogen, weil dieser wertvolle Beziehungen zu den sozialistischen Parteien im Ausland unterhielt. Er träumte von einem Europa, in dem mehrheitlich links regiert würde. Davon träumen Sozialdemokraten heute immer noch. Wie steht es um die internationale Solidarität und um die Mehrheiten bei den Linken in der Gegenwart?

Wir haben in den 70er- und 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts eine ausgeprägte Entwicklung einer sozialistisch orientierten internationalen Solidarität gehabt. Die gibt es heute nicht mehr. Die Gegenwart ist geprägt durch einen Trend zur Renationalisierung, einem Rückzug auf das Nationale. Die Kooperation der Linken bedarf nicht nur in Europa, sondern weltweit der Erneuerung. Daran arbeiten wir als Friedrich-Ebert-Stiftung ganz intensiv.

Die ehemaligen «sozialistischen» Staaten des Ostblocks haben nach ihrem Einzug in «Europa» ja keineswegs zur Festigung linker Bündnisse beigetragen, weil gerade sie es waren, die nach über vier Jahrzehnten der erzwungenen Gemeinschaft ihre nationale Eigenständigkeit wiederhaben wollten.

Das Thema «Ostblock» wirft aber noch eine andere Frage auf: Die Frage nach der Würdigung Breitscheids in der Geschichtsschreibung der beiden deutschen Staaten. Aufgrund seiner führenden Rolle beim Aufbau der deutschen Volksfront im Pariser Exil und vor allem unter Bezug auf seine Kontakte zur KPD im Rahmen eines antifaschistischen Bündnisses wurde Breitscheid in der DDR-Historiografie als Vorkämpfer der Einheitsfront von SPD und KPD gefeiert. Dass der Versuch eines Bündnisses im Pariser Exil aber nur von kurzer Dauer war und im Unfrieden zwischen den ungleichen Partnern endete, bleibt dabei unerwähnt.

Dass Breitscheid von der SED vereinnahmt wurde, ist offensichtlich. Die Vielzahl der Straßen und Plätze in der DDR macht das nur allzu deutlich. Und dass der Interpretation Breitscheids als Antifaschist in der vorgenommenen Ausschließlichkeit jede Menge Geschichtsklitterung zugrunde liegt, ist auch unbestritten. Das ist aber doch in der DDR auch in anderen Fällen so üblich gewesen und lag sicher nicht zuletzt daran, dass dort ein totalitäres Regime darüber bestimmen konnte, wer Antifaschist war und wer nicht.

Dass die Sozialdemokratie im Westen sich Breitscheid gegenüber eher distanziert verhalten hat, lag vielleicht auch daran, dass sie sich beim Wiederaufbau nach dem Krieg stärker auf die Tradition des Prager Exilvorstands stützte. In Prag verfolgte man den Versuch Breitscheids, in Paris eine parteiübergreifende Allianz aller antifaschistischen Kräfte unter Einschluss der Kommunisten zu organisieren, mit größtem Misstrauen. Nach 1935 war Breitscheid aus Sicht der Prager Parteizentrale nicht mehr einer der ihren – und nach 1945 offensichtlich auch nicht.

Die führende Figur in der westdeutschen SPD der Nachkriegsjahre war Kurt Schumacher. Da gab es keinen Raum für Breitscheid – nicht nur wegen «Prag» und nicht nur wegen des Alleinvertretungsanspruchs der DDR, sondern wegen Schumachers dominanter Persönlichkeit.

Aber wie holen wir denn Breitscheid in unsere Mitte zurück? Wir feiern in diesem Jahr seinen 150. Geburtstag. Wofür soll er heute geehrt werden?

Wir ehren Breitscheid für seinen Mut und für seinen unermüdlichen Einsatz für die Demokratie und den Rechtsstaat. Daran können wir alle uns ein Beispiel nehmen.

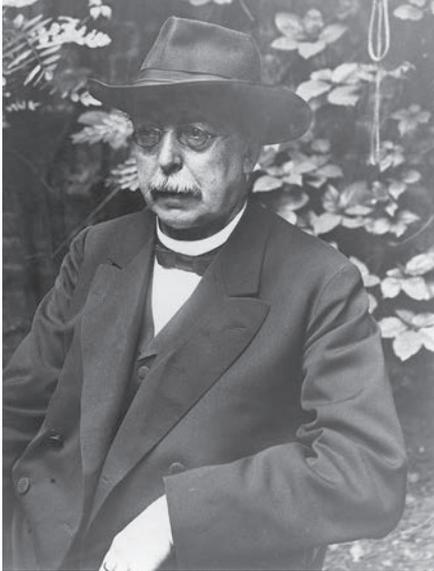
Berlin 23.2.2024

Rudolf Breitscheid – Herkunft und erste Jahre¹ (1874–1903)

Die Ahnen stammten aus der Eifel, wo der Großvater ein eigenes kleines Stück Land bewirtschaftete. Den Sohn zog es dann in die Stadt, zunächst ins Wuppertal und weiter nach Köln. Hier wurde Rudolf am 2. November 1874 geboren. Er blieb das einzige Kind des Buchhandlungsgehilfen Wilhelm Breitscheid und seiner Frau Wilhelmine, einer Schneiderstochter. Spätere Chronisten, die ihre Informationen wahrscheinlich von dem zum Politiker aufgestiegenen Breitscheid selbst bezogen, wussten von skurrilen Auswüchsen einer allzu wörtlich verstandenen «Caritas» im protestantischen Kölner Elternhaus zu berichten. Die Mutter hätte es gerne gesehen, wenn der Junge den Weg zu einem geistlichen Beruf eingeschlagen hätte.

Den zog es aber nicht gerade mächtig zu den religiösen Pflichtübungen – mit einer Ausnahme: Zu Carl Wilhelm Jatho (1851–1913), dem Kölner Prediger, der mit seiner Exegese Goethes, Schillers und Shakespeares die Schwierigkeiten protestantischer Seelsorge in der Diaspora auf seine Weise zu überwinden trachtete, brauchte man ihn nicht zu schicken. Über Jathos Predigten sprach noch der Erwachsene begeistert, dem Theodor Heuss nachsagte, er sei fürs Religiöse «ganz ohne Organ» gewesen. Dass Jatho mit seinen kirchlichen Oberen und Amtsbrüdern wegen seines eigenwilligen Christentums in Konflikt geriet, mochte in dem jungen Breitscheid, der später selber oft genug mit der politischen Orthodoxie zu kämpfen hatte, wichtige Eindrücke hinterlassen haben. Seine religiöse Bildung indessen blieb an der Oberfläche. Was er

¹ Diese Angaben beruhen weitgehend auf folgenden Quellen: Paul Mayer / Rudolf Breitscheid, in: *Neue Deutsche Biographie*, Zweiter Bd., Berlin 1955, S. 579f.; Georg Schwarz (Pseud. O. B. Server), «Dr. Rudolf Breitscheid, der SPD-Lord», in: Ders., *Matadore der Politik. Sechszwanzig Politikerporträts mit 26 Karikaturen von Erich Goltz*, Berlin 1932, S. 54; Friedrich Stampfer, «Aus dem Leben Rudolf Breitscheids», in: *Neue Volkszeitung*, New York, vom 23. Sept. 1944 und den schriftlichen Mitteilungen seiner Ehefrau Tony Breitscheid an den Verfasser vom 8. Okt. 1964.



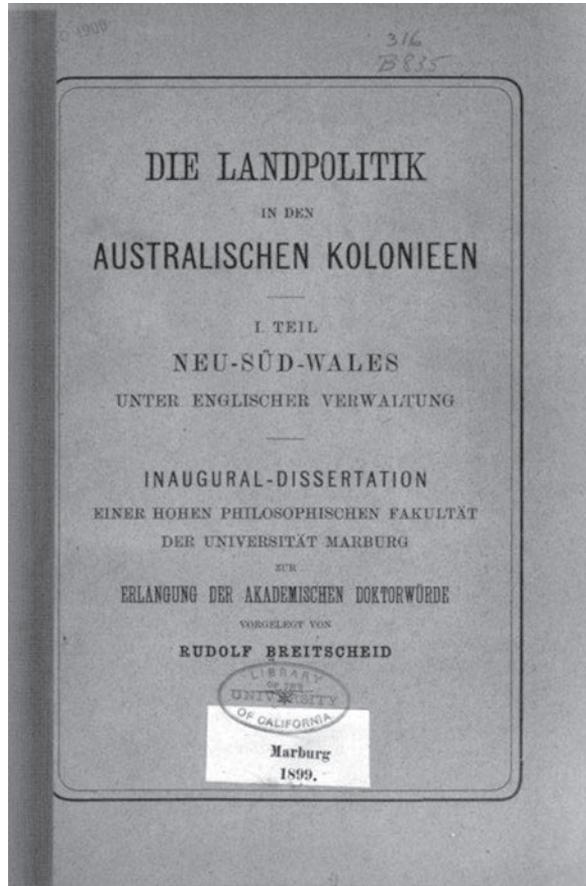
2 Der evangelische Prediger Carl Wilhelm Jatho (1851–1913) mit seiner weit über Köln hinausreichenden Rednergabe beeindruckte den jungen Breitscheid sehr. Nicht minder prägend wirkten die ketzerischen Aussagen des freigeistigen Theologen, der nach seiner Verbannung aus der Kirche als erfolgreicher Volks- und Wanderprediger breite Schichten erreichte. Ein Rebell gegen die orthodoxe Lehre und wie geschaffen als Vorbild für den politischen Wahrheitssucher zwischen Liberalismus und Sozialismus. Breitscheid trat selbst nach dem Krieg aus der Kirche aus, die in seinen Augen versagt hatte.

sich in der Jugend angeeignet hatte, nutzte er mit Vorliebe – auch als er nach dem Weltkrieg aus der Landeskirche ausgetreten war – in Form eines jederzeit präsenten biblischen Zitatenschatzes, aus dem er seine politische Rhetorik würzte.

Voller Eifer widmete sich der Gymnasiast der Geschichte. Mit neun Jahren hatte er den Vater verloren. Die Mutter musste nun nicht nur den bloßen Lebensunterhalt allein bestreiten, sie ermöglichte ihrem Sohn auch den Übergang vom Kölner Friedrich-Wilhelm-Gymnasium auf die Universität. In München begann er 1894 sein Studium an der juristischen Fakultät. Noch im selben Jahr wechselte er nach Marburg, wo er sich der Nationalökonomie zuwandte. Bevor er sein Studienziel fester ins Auge fasste, tat er den ersten selbstverantworteten Schritt über die Grenzen des Milieus hinaus, in das er hineingeboren war. Er überwand die Schwierigkeiten seiner Herkunft aus dem Kleinbürgertum und wurde von der Marburger Burschenschaft «Arminia» als Mitglied aufgenommen. Nach kurzer Zeit durchlief er die Hierarchie im Kleinen und schwang sich zum «Sprecher» auf. Seine ersten rhetorischen Erfolge erzielte er mit zündenden Reden auf Kaiser und Reich.

Die Mitgliedschaft in der Corporation kam nicht nur seinem Bedürfnis nach Sozialprestige entgegen, sie bedeutete auch eine politische Entscheidung: Er sah die Burschenschaft als Wahrerin einer liberal-demokratischen und nationalen

3 Die Vielfalt des kolonialen Gedankens im Deutschen Kaiserreich rang um den adäquaten Ausdruck: Die Dissertation des Marburger Arminen-Burschenschafters Breitscheid orientierte sich am britischen Vorbild und betonte den wirtschaftlichen Nutzen.



Tradition. Aus dieser Fehleinschätzung entwickelte sich später ein persönlich höchst unerfreulicher Konflikt mit seinem vormaligen Mentor, dem Ordinarius für Geografie Theobald Fischer (1846–1910), der Alter Herr bei den «Arminen» war. Bereits in den höheren Semestern fühlte er sich allerdings näher zu Männern wie Karl Rathgen (1856–1921) hingezogen. Für den Staatswissenschaftler war die Marburger Universität eine der Stationen seines vielseitigen wissenschaftlichen und politischen Lebenswegs. Er war engagierter Liberaler, Mitarbeiter der Deutschen Kolonialgesellschaft und zugleich des Vereins für Socialpolitik. Politisch Friedrich Naumann, der Galionsfigur der Liberalen, nahestehend, theoretisch der Jüngerer Historischen Schule und den Kathedersozialisten verbunden, übte er auf den Jungen Breitscheid, der sein Schüler wurde und bei

ihm mit einer historischen Untersuchung zur kolonialen Wirtschaftspolitik promovierte, einen bestimmenden Einfluss aus.

Noch keine 24 Jahre alt, ließ Breitscheid die Universität hinter sich. Im politischen Journalismus glaubte er, eine ebenso lohnende wie einträgliche Aufgabe zu finden. Sie hat ihn zeitlebens nicht mehr losgelassen, auch als er im politischen Betrieb am Ausgang des 19. Jahrhunderts mitzumischen begann. Beides – die politische Publizistik und das parteipolitische Engagement im breit gefächerten liberalen Spektrum gehörten fortan für ihn zusammen.

Im März 1938 kam die Universität Marburg der Forderung der Reichsregierung nach, Breitscheid den Doktorgrad zu entziehen, nachdem er bereits 1933 ausgebürgert worden war. Er habe «durch ein Verhalten, das gegen die Pflicht und Treue, gegen Reich und Volk verstößt beide Rechte verwirkt», hieß es in der Begründung der NS-Behörde. Erst im Oktober 1982 wurde die Aberkennung vonseiten der Universität durch einstimmigen Beschluss revidiert.